

Norddeutscher Rundfunk

"Politische Bücher"

Redaktion: Rolf-Martin Korda / PG Aktuell

NDR 4 Info / 05'33"

09.07.2000 / 13.40 - 14.00 Uhr

Patrick Horst rezensiert:

Hans Herbert von Arnim

Vom schönen Schein der Demokratie

Politik ohne Verantwortung - am Volk vorbei

Droemer Verlag, 44,90 Mark.

Die nur schleppend vorangegangene Aufklärung der jüngsten Parteispendenaffäre gibt das Lehrstück ab für das, was der Speyerer Staatsrechtslehrer Hans Herbert von Arnim in seinem neuen Buch als das „System organisierter Verantwortungslosigkeit“ geißelt. Kaum einer kennt sich in dem Gestrüpp der Parteienfinanzierung so gut aus wie von Arnim, der den Praktiken von Parteienfinanzierung und Abgeordnetenentschädigung seit Mitte der 70er Jahre, damals noch für den Bund der Steuerzahler, auf der Spur ist. Von Arnim hat seither fast im Alleingang irreguläre Praktiken im Umgang mit Parteispenden und Wahlkampfkostenerstattungen aufgeklärt, er hat die gern versteckte Finanzierung der Fraktionen, Parteistiftungen und Abgeordnetenmitarbeiter durch den Staat offengelegt, und er hat die Selbstbedienung politischer Funktionsträger - deren Überalimentierung durch Diäten, Kostenpauschalen, Übergangsgelder und Pensionen - nachgewiesen. Ohne seinen unermüdlichen Spürsinn hätte es die Diätenskandale von Hessen 1988 und Hamburg 1991 kaum gegeben. Und somit auch nicht all jene rechtlichen Verbesserungen, die in den Ländern in den letzten Jahren durchgesetzt werden konnten. Wenn also einer dazu berufen ist, die herrschende Politik einer „organisierten Verantwortungslosigkeit“ und „parteiübergreifenden Machtkartellierung“ bloßzustellen, dann ist es von Arnim. Im vorliegenden Buch veranschaulicht er seine Grundthese am Beispiel von zwei akuten Problemfeldern der deutschen Demokratie: Zum einen beklagt er die Selbstentmündigung der Länder im deutschen Exekutivföderalismus. Zum anderen kritisiert er die Bestrebungen der politischen Klasse, sich abzuschotten gegenüber dem Volk und von jedweden Formen direkter Demokratie.

Von Arnim zeigt zunächst, wie die Länder über die Jahre hinweg immer mehr von ihren Gesetzgebungskompetenzen an den Bund abgetreten haben. Gerade auch in ihre Kernzuständigkeiten auf dem Gebiet der „Kulturhoheit“ und der öffentlichen Infrastruktur haben sich die Länder bereitwillig hineinregieren lassen: durch vom Bund mitfinanzierte Gemeinschaftsaufgaben und Investitionshilfen, durch diverse Kooperationsgremien auf Bund-Länder-Ebene und nicht zuletzt durch den Finanzausgleich. Der Clou in von Arnims

Argumentation ist nun, dass diese Selbstentmachtung der Länder - übrigens z. T. kompensiert durch einen Machtzuwachs der Länderexekutiven über den Bundesrat und die interföderalen Koordinationsgremien - ganz im Interesse der politischen Klasse ist. Im Gestrüpp des bundesdeutschen Verbundföderalismus sind Entscheidungen kaum noch politisch zurechenbar, jeder kann sich aus der Verantwortung stehlen und mit dem Finger auf andere zeigen. Mit der drastisch reduzierten Aufgabenlast, nahezu frei von Kontrolle und politischem Wettbewerb lebt es sich für die üppig versorgte politische Klasse in den Ländern fast wie Gott in Frankreich. Von Arnims Diagnose, die er mit eindringlichen Fallstudien untermauert, gipfelt in der Frage nach der Existenzberechtigung der Länder. Er weist auf den bisher wenig beachteten Umstand hin, dass der Artikel 146 des Grundgesetzes durchaus den Weg für eine durchgreifende Verfassungsreform und die Abschaffung der Länder eröffnen würde.

Nicht weniger eindringlich und durch zahlreiche empirische Studien abgesichert ist von Arnims Plädoyer für ein Mehr an direkter Demokratie. Er weist nach, dass die historisch überkommenen Argumente gegen die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid oder gegen die Direktwahl politischer Funktionsträger heute nicht mehr stichhaltig sind - und es auch früher kaum waren. Überzeugend sind seine Argumente, die direkte Demokratie nicht gegen die repräsentative Demokratie auszuspielen. Die Instrumente direkter Demokratie stärken den politischen Wettbewerb, sie stärken die politische Kontrolle, und sie stärken damit auch die repräsentativen Institutionen. Bedeutsam ist von Arnims Hinweis, dass die Volksgesetzgebung nicht verwechselt werden darf mit demoskopischen Umfragen oder demagogischen Unterschriftenkampagnen, wie sie die hessische CDU im vergangenen Jahr unternahm. Die Volksgesetzgebung zielt auf eine Aktivierung und Informierung des Staatsbürgers, sie will ihn nicht für dumm verkaufen oder für populistische Zwecke manipulieren.

Nun hat es im letzten Jahrzehnt in den Ländern Verfassungsänderungen gegeben, die Formen direkter Demokratie einführten. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die politische Klasse sehr einfallsreich darin war, diese Instrumente rechtlich so auszugestalten - vor allem über prohibitive Zustimmungsquoren -, dass sie oftmals in der Praxis fast bedeutungslos sind. Von Arnim zeichnet diese Verfassungsreformen und die geschickten Rückzugsgefechte der politischen Klasse für alle Bundesländer im Detail nach und macht begründete Reformvorschläge.

Insgesamt hat er ein beeindruckendes Buch vorgelegt, das auf absehbare Zeit zum politikwissenschaftlichen und staatsrechtlichen Standardwerk avancieren dürfte. Von der reißerischen Aufmachung des Buches oder den immer einmal wieder zu hörenden Vorwürfen, hier sei ein Populist am Werke, soll man sich nicht in die Irre führen lassen. Von Arnim spitzt seine Urteile zwar zu, aber

immer auf der Basis einer gewaltigen Sachkenntnis und einer klar nachzuvollziehenden Argumentation. Insofern ist das Buch als Diskussionsgrundlage auch für all diejenigen unentbehrlich, die seine Schlussfolgerungen für überzogen halten.